

TERRORISMUS

Stasi deckte RAF-Frau Mohnhaupt

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR deckte die westdeutsche RAF-Terroristin Brigitte Mohnhaupt. Aus einem Stasi-Vermerk vom Mai 1980 geht hervor, dass das MfS über Mohnhauts damaliges Versteck bei Palästinensern im Jemen informiert war. „Westliche Sicherheitsorgane“ wüssten dies nicht, stellte ein Stasi-Offizier damals fest. Für den Fall, dass die Klassenfeinde davon erfahren würden, ordnete er an, das Komitee für Staatssicherheit im Südjemen „sofort in Kenntnis“ zu setzen. Da die RAF-Terroristen keine Aktionen gegen sozialistische Staaten ausführten, so die Stasi-Devisen, „sollten auch keine Anlässe für deren Verhaftung durch imperialistische Sicherheitsorgane geliefert werden“. Die „loyale Haltung“ der RAF-Kader sollte vielmehr gefestigt werden. Mohnhaupt wurde zweieinhalb Jahre später in der Nähe von Frankfurt am Main verhaftet.

RAINER WEISFLOG

seit 2007 stetig teurer geworden. Diese können anders als viele Unternehmen keine Ausnahmeregelungen geltend machen. Es sei unverständlich, dass die Regierung großen Firmen immer großzügigere Vergünstigungen beim Strompreis gewähre, sagt der grüne Energiepolitiker Oliver Krischer: „Das Gejammer von Wirtschaftsminister Rösler über hohe Strompreise für die Industrie entpuppt sich einmal mehr als reiner Lobbyismus.“ Die stromintensive Wirtschaft hatte zuletzt wiederholt vor einer Kostenexplosion durch die Energiewende gewarnt und sogar mit Abwanderung gedroht. Tatsächlich beschäftigten etwa die Unternehmen im Verband der Chemischen Industrie Ende Dezember 437 000 Menschen – zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor.

BUNDESPOLIZEI

Klagen über Rassismus

Bei der Bundespolizei häufen sich Beschwerden von Reisenden, die sich von Beamten rassistisch behandelt fühlen. Seit Mai 2009 listeten die Bundespolizeidirektionen 57 Fälle auf, in denen sich Betroffene oder Zeugen beklagten, dass Menschen aufgrund ihrer ausländischen Herkunft oder ihrer Hautfarbe von Bundespolizisten diskriminiert worden seien, etwa bei Kontrollen in Zügen. In einem Fall monier-

te eine Hauptdirektorin beim Europäischen Patentamt, dass eine ihrer Mitarbeiterinnen immer wieder aufgrund ihrer Hautfarbe gezielt kontrolliert werde. Bei der Bundespolizeidirektion im ostdeutschen Pirna beschwerte sich ein Mann, der angab, dass die Bundespolizeibeamten nur Menschen mit nicht weißer Hautfarbe kontrollierten. Ein anderer gab zu Protokoll, er sei bei einer Leibesvisitation wegen seiner Beschneidung als Jude bezeichnet worden. Die Beschwerden richteten sich gegen acht von neun Bundespolizeidirektionen. Fehler räumte die Bundespolizei aber nur in zwei der 57 Fälle ein.

In der Auflistung fehlen allerdings jene Vorkommnisse, die die Bundespolizeidirektion Koblenz betreffen. Dort hatte ein deutscher Student geklagt, weil er wegen seiner schwarzen Hautfarbe gezielt kontrolliert worden war, mindestens drei weitere hatten sich ebenfalls dort beschwert. Im Oktober erklärte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz die Praxis des sogenannten Racial Profiling, das die Beamten im Fall des Studenten zugegeben und angewandt hatten, für rechtswidrig. Nach dem Urteil entschuldigte sich die Bundespolizei bei ihm.



Personenkontrolle im Regionalzug

ROBERTO PHEL / DDPD

Der digitale SPIEGEL

Jetzt auch für

Windows 8



In dieser Ausgabe:

Der Sound von Havanna –

Video-Reportage über das neue Kuba

Das zweite Gesicht –

Video über Hilfe für Kriegsoffer

Der gefallene Held –

Video über Ex-Radprofi Lance Armstrong

Die neue Art zu lesen.

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen
- Alles immer schon **ab Sonntag 8 Uhr!**

www.spiegel.de/digital



Einfach QR-Code scannen, z.B. mit der App „Sminna“

DER SPIEGEL